

## Bezirk Uster



Stadtrat Stefan Feldmann demonstrierte das Fahren auf dem breiteren Radweg im vergangenen April gleich selber. Foto: Christian Merz

# Breiterer Radstreifen in Uster stellt Autofahrer auf die Probe

**Uster** Auf der Brandstrasse wird den Velofahrern seit letztem Jahr mehr Platz eingeräumt – auf Kosten der Automobilisten.

**David Marti**

Seit April sind auf der Brandstrasse in Uster trotz schmaler Strasse zwei 1,5 Meter breite Radstreifen eingezeichnet. Wie die Stadt in einer aktuellen Medienmitteilung schreibt, soll damit der Veloverkehr sichtbarer und sicherer werden. Das Ganze war als Versuch geplant. Die Abteilung Bau wollte unter anderem prüfen, ob Velofahrerinnen und -fahrer aufgrund der Markierung weniger auf das Trottoir ausweichen. Über die Brandstrasse fahren laut Angaben der Stadt durchschnittlich 2200 Fahrzeuge pro Tag, rund 400 davon sind Velos.

Nach knapp zehn Monaten zieht die Stadt nun ihr Fazit aus dem Test. Dieses zeigt, dass die Velofahrer besser mit dem neuen Verkehrsregime zurechtgekommen sind als die Automobilisten. Bauvorstand Stefan Feldmann (SP) lässt sich in der Mitteilung zitieren: «Insgesamt hat die Markierung der Radstreifen in der Brandstrasse während des Versuchs eine sehr positive Veränderung zugunsten der Velofahrenden bewirkt.» Diese würden sich auf der Strasse sicherer fühlen. Ein Indiz dafür sei, dass sich der Anteil der Velos auf dem Trottoir mehr als halbiert habe. Trotz den engeren Fahrspuren für die Autofahrer seien keine Unfälle registriert worden.

### Verunsicherte Autofahrer

Für ihre Analyse hat die Stadt im Herbst auch eine Umfrage durchgeführt. Laut dieser sprachen sich 84 Prozent der Velofahrer dafür aus, das Konzept auf der Brandstrasse beizubehalten. 72 Prozent würden sich

«Man muss das Strassenverkehrsgesetz schon kennen.»

**Markus Ehrensperger**  
Fraktionspräsident (SVP)

zudem wünschen, dass es auf ähnliche Strassen in der Stadt ausgeweitet wird.

Anders sieht es dagegen beim motorisierten Verkehr aus. «Autofahrende sind eher kritisch eingestellt», heisst es. Auf Anfrage präzisiert Stefan Feldmann: «62 Prozent der Autofahrer waren verunsichert, weil sie nicht wussten, ob sie den Radstreifen benutzen dürfen oder nicht.» Für einige sei das Befahren der Brandstrasse deshalb etwas ungewohnt gewesen. Gut

250 Personen haben gemäss Feldmann an der Umfrage teilgenommen.

Die Stadt Uster will die Radstreifen an der Brandstrasse nach Absprache mit der Stadt- und der Kantonspolizei nun beibehalten und geht gar noch weiter. Aus ihrer Sicht eignen sich weitere Strassenabschnitte für eine analoge Gestaltung mit Velostreifen. Infrage kämen etwa die Bankstrasse zwischen Winterthurer- und Dammstrasse, die Haberweidstrasse, die Industriestrasse und die Gschwaderstrasse zwischen Zürichstrasse und Loren-Allee. Ob sich diese vergleichsweise schmalen Strassen für die Markierung von Velostreifen eignen, soll nun in Rücksprache mit der Kantonspolizei im Detail untersucht werden.

### SVP zeigt keinen Widerstand

Auch die Ustermer SVP, die sich in der Regel für die Automobilisten starkmacht, wie derzeit mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren», formiert keinen Widerstand gegen die Pläne des Stadtrats. Fraktionspräsident Markus Ehrensperger (SVP) sagt: «Damit wurde eine Möglichkeit geschaffen, um die Strasse für den Velofahrer attraktiver zu machen, ohne den Autofahrer zu plagen.»

Dass die Automobilisten unsicher sind, ob sie den Radweg befahren können, kann Ehrensperger nicht nachvollziehen. «Man muss das Strassenverkehrsgesetz schon kennen.» Zudem würden verunsicherte Autofahrer langsamer und damit auch vorsichtiger durch die

Strassen fahren, was eine gute Sache sei. Auch gegen die Ausweitung solcher Strassenabschnitte, wie es die Stadt plant, hat Ehrensperger nichts einzuwenden. «Solange es ein Miteinander auf den Strassen ist und der motorisierte Verkehr nicht eingeschränkt wird, ist das in Ordnung.»

ANZEIGE



## Professionell, engagiert und diskret verkaufen wir Ihr Mehrfamilienhaus.

Walde bringt seit 1985 Mensch und Immobilie zusammen. Unser dediziertes Berater-Team für Anlageimmobilien führt Sie dank breitem Kontaktnetz und profunden Kenntnissen der lokalen Märkte schnell und sicher zum Verkaufserfolg.

+41 44 396 60 80 anlageimmobilien@walde.ch

walde.ch

## Weniger Beschwerden über Sozialabteilung

**Dübendorf** Die Situation im Bereich Soziales habe sich 2021 beruhigt, bilanziert der Ombudsmann.

Die Zahl der Anfragen und Beschwerden im Zusammenhang mit der Sozialabteilung Dübendorf hat 2021 deutlich abgenommen. Das zeigt der Bericht des Dübendorfer Ombudsmanns Anton Frauenfelder. So wurden im vergangenen Jahr im Bereich Soziales 15 Fälle behandelt, während es 2020 noch 26 waren. Den höchsten Wert verzeichnete Frauenfelder 2017, im Jahr nach der Einführung der Ombudsstelle. Damals gab es 44 Anfragen. Ins Leben gerufen wurde die Ombudsstelle im Dezember 2016, nachdem wiederholt massive Vorwürfe an der Arbeit des Personals auf dem Sozialamt laut geworden waren. Die Situation im Bereich Soziales und insbesondere im Sozialdienst habe sich beruhigt, schreibt Frauenfelder nun in seinem Bericht.

### Personelle Veränderungen

Den Rückgang der Anfragen stellt er in einen Zusammenhang mit personellen Veränderungen. Die Fragen der Klientinnen und Klienten hätten im Berichtsjahr mit den zuständigen Personen einvernehmlich besprochen werden können, so Frauenfelder. «Die Zusammenarbeit hat sich so entwickelt, wie es eigentlich von Anfang an hätte sein können.» In früheren Berichten ging Frauen-

felder jeweils detaillierter auf die Kritik an der Sozialabteilung ein, lieferte auch schon mal anonymisierte Fallbeispiele oder erörterte mögliche Gründe für die vielen Beschwerden. Doch aktuell erübrige sich eine vertiefte Auseinandersetzung, da der Stadtrat zu den Ereignissen im Sozialamt eine Administrativuntersuchung in Auftrag gegeben habe.

### Stelle wurde aufgehoben

Mit 26 Anfragen über alle Bereiche der Stadtverwaltung und der Schule hinweg verzeichnete die Ombudsstelle insgesamt sechs Fälle weniger als 2020. Zu einigen Themen gab es allerdings mehr Beschwerden. Dabei ging es zum Beispiel um die Gefährdung von Fussgängern durch Velofahrer auf Wanderwegen, Fragen zu Hundesteuern und Steuererlass-Gesuchen oder personelle Probleme zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern.

Der Bericht 2021 ist der letzte aus der Feder von Anton Frauenfelder. Denn die kommunale Ombudsstelle wurde per Ende Jahr aufgelöst. Aufgrund eines Beschlusses des Gemeinderats ist Dübendorf seit Anfang Jahr der kantonalen Ombudsstelle angeschlossen.

**Thomas Bacher**

## Mehr Geld für das Frauenhaus

**Region** In der Pandemie haben die Frauenhäuser eine wichtige Rolle übernommen, wie die kantonale Sicherheitsdirektion mitteilte. Gleichzeitig stellt sie eine besondere Herausforderung dar. Um die Auswirkungen auf die Klientinnen möglichst gering zu halten, sind den Frauenhäusern Sonderaufwendungen ent-

standen – unter anderem durch zusätzliche Corona-bedingte Schutzmassnahmen. Das Kantonale Sozialamt der Sicherheitsdirektion gewährt den drei Frauenhäusern im Kanton daher einen Ausgleich für die 2021 entstandenen Mehrkosten in Höhe von insgesamt 300 000 Franken. Davon profitiert auch das Frauenhaus Zürcher Oberland mit Sitz in Uster. (zo)

**WALDE**  
IMMOBILIEN

Besuchen Sie uns auf [walde.ch/MFH](http://walde.ch/MFH)